

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Wer zählt zu den „Reichen“ in Deutschland ?	1
Tagungsbericht: Reichtum in Deutschland: Messkonzepte, Indikatoren, Analysen	5
Große Vielfalt bei ehrenamtlicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement	6
Datenreport 1999 Eine Buchbesprechung	10
Ankündigung Index - Construction: Methods of Aggregating Indicators of Social and Economic Well-Being	11
Das Euromodul - ein neues Instrument für die europäische Wohlfahrtsforschung	12
Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland Ein Buchhinweis	15
30. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Sektion Sozial Indikatoren: „Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Integration: Messkonzepte und Indikatoren für eine „gute Gesellschaft“ “	16

Wer zählt zu den „Reichen“ in Deutschland?

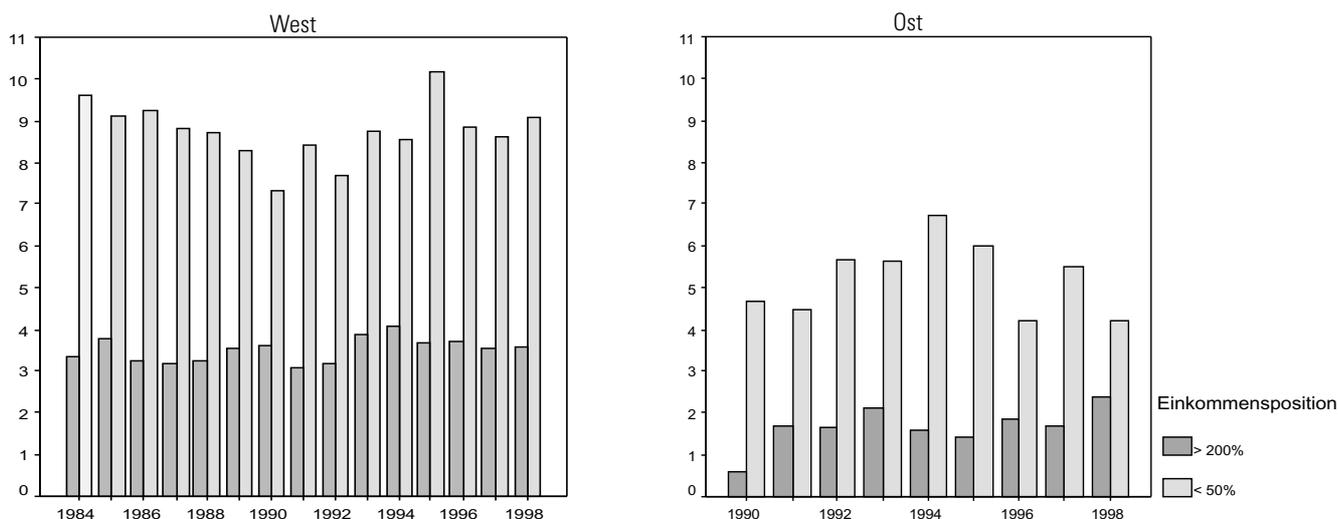
Sozioökonomische Merkmale der Bezieher von Einkommen oberhalb der 200-Prozent-Schwelle

Das Einkommen bestimmt in weitem Umfang die Möglichkeiten zur Bedarfsdeckung und bildet damit die Basis für unterschiedliche Lebensbedingungen. Mit einem höheren Einkommen werden nicht nur die Konsummöglichkeiten verbessert, sondern auch die Möglichkeiten der Partizipation am gesellschaftlichen Leben wesentlich beeinflusst. Ein politischer Streitpunkt stellt in der öffentlichen Diskussion insbesondere die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit dar. Im Bereich der Verteilungspolitik sind Abwägungen mit anderen wirtschaftspolitischen Zielen erforderlich. Ein zentrales Instrument der Umverteilungspolitik, die Steuerdifferenzierung, wurde in jüngster Zeit genutzt, um Entlastungen im unteren, aber auch im oberen Einkommensbereich zu schaffen. Vor dem Hintergrund einer öffentlichen Diskussion um hohe Armutsquoten bei Familien mit Kindern hat sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag verpflichtet, einen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Damit wurde das Interesse vom sozialpolitischen Problemfeld unterer Einkommenslagen auch auf die oberen Einkommenslagen - als tatsächlichen oder vermeintlichen Gegenpol - ausgedehnt. Mit der Verwendung des Reichtumsbegriffes stehen noch viele konzeptionelle und operationale Fragen offen. Reichtumsabgrenzungen, die nur auf der Basis der Einkommensverteilung vorgenommen werden, haben ohne zusätzliche Informationen nur einen sehr begrenzten Aussagewert über die Lebenslage der betroffenen Personen. In diesem Beitrag werden nun aus einer wohlfahrts-theoretischen Perspektive Lebensbedingungen und subjektive Bewertungen der Bezieher höherer Einkommen näher betrachtet.

Wenn man das Einkommen als Wohlstandsindikator verwendet, erscheint es sinnvoll, das Haushaltsnettoeinkommen als Bezugsgröße zu verwenden, das neben Arbeitseinkommen auch Einkommen aus dem System der sozialen Sicherung oder Vermögen berücksichtigt. In dieser Untersuchung wird auf die Daten des Sozio-ökonomischen Panels zurückgegriffen, das sowohl die Untersuchung von Querschnitten im Jahresabstand als auch individueller Verläufe zwischen den jährlichen Befragungen gestattet. Da sich Haushalte in ihrer Größe und Struktur unterscheiden, wird ein bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen verwendet, das die Haushaltszusammensetzung entsprechend der Berechnungsweise des Europäischen Statistischen Amtes (EUROSTAT) berücksichtigt¹. Der Bedarfsgewichtung liegt die Annahme zugrunde, dass in größeren Haushalten, als gemeinsam wirtschaftenden Einheiten, der finanzielle Bedarf pro Haushaltsmit-

glied geringer ist als in kleineren Haushalten. Zum unteren Einkommensbereich gibt es mittlerweile sowohl national als auch international eine Vielzahl von empirischen Studien. Obwohl es in Deutschland, anders als z.B. in den USA, keine amtliche Armutsabgrenzung gibt, hat sich eine Konvention herausgebildet, die Armutsgrenze bei 50 Prozent des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens zu ziehen. Analog dazu wird in neueren deutschen Studien auch eine Abgrenzung für Einkommensreichtum bei 200 Prozent des Durchschnitts vorgenommen (vgl. Krause/Wagner 1997). Entsprechend dieser Vorgehensweise werden auch in dieser Untersuchung hohe und niedrige Einkommensgruppen abgegrenzt. Bei einem Ehepaar mit einem Kind unter 14 Jahren liegt 1998 die 200-Prozent-Schwelle in Westdeutschland bei 8.700 DM (Ost: 7.200 DM), für Alleinstehende bei 4.800 DM (Ost: 4.000 DM). Wegen der Un-

Graphik 1 : Entwicklung von hohen und niedrigen Einkommenspositionen in West- und Ostdeutschland



Personengewichte basieren auf der modifizierten OECD-Skala
 Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

terschiede in der Ausgangssituation und der Einkommensentwicklung werden die Einkommensverteilungen von alten und neuen Bundesländern getrennt untersucht.

Hohe Stabilität der Anteile im oberen Einkommensbereich

Die Beobachtung der westdeutschen Bevölkerungsanteile in einkommensschwachen Haushalten (unter 50 Prozent) und im oberen Einkommensbereich (über 200 Prozent) lässt trotz einiger Schwankungen keine dramatischen Veränderungen seit Mitte der achtziger Jahre erkennen (vgl. Graphik 1). Die entsprechenden Anteile liegen bei der hohen Einkommensgruppe jeweils bei etwa 4 Prozent und bei der unteren Einkommensgruppe etwa bei 8 Prozent. Anzeichen für Polarisierungstendenzen in der Einkommensverteilung sind daher nicht zu erkennen. Insbesondere der Anteil der Bevölkerung, der über mehr als das Doppelte des Durchschnittseinkommens verfügt, zeigt nur geringe Schwankungen im Beobachtungszeitraum. In Ostdeutschland sind bei insgesamt

geringerer Einkommensungleichheit und geringerem Einkommensniveau auch die Anteile an den Rändern der Einkommensverteilung kleiner als in Westdeutschland. Der Anteil mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens zeigt nach einem Anstieg zu Beginn der neunziger Jahre seit 1995 wieder eine sinkende Tendenz und liegt 1998 wieder unter 5 Prozent. Der Bevölkerungsanteil, dem mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung steht, hat sich nach 1990 mehr als verdoppelt und beträgt seither etwa 2 Prozent. Mit der jüngsten Entwicklung in den neuen Bundesländern deutet sich eine Abnahme vorangegangener Polarisierungstendenzen an.

Hohe Einkommenspositionen werden selten langfristig gehalten

Der Längsschnittcharakter der verwendeten Datenbasis erlaubt die Untersuchung der Frage, ob sich im Zeitverlauf immer dieselben Personen über der 200- Prozent-Schwelle befinden, oder ob den relativ stabilen Quer-

schnittsergebnissen Auf- und Abstiege auf der Individualebene zugrunde liegen. Im Zeitraum von 1992 bis 1998 hatten 90 Prozent der Westdeutschen nie ein Einkommen über 200 Prozent des Durchschnitts. Die Längsschnittbetrachtung zeigt weiterhin, dass Einkommenspositionen über der 200-Prozent-Schwelle - ähnlich wie einkommensschwache Positionen - meist kurzfristiger Natur sind. In Tabelle 1 sind Personen ausgewiesen, die sich im Untersuchungszeitraum mindestens ein Jahr über der 200-Prozent-Schwelle befanden. Von dieser Personengruppe war fast die Hälfte nur ein Jahr über dem Schwellenwert, in Ostdeutschland waren es 57 Prozent. Dagegen befanden sich in den alten Bundesländern nur 10 Prozent durchgängig oberhalb der 200-Prozent-Schwelle. Im Durchschnitt hatte diese Personengruppe über den gesamten Untersuchungszeitraum mehr als das Dreifache des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung. In den neuen Bundesländern waren auch höhere Einkommenspositionen in der beobachteten Phase weniger gefestigt als in den alten Bundesländern. 94 Prozent erreichten nie ein Einkommen, das 200 Prozent des Durchschnitts überstieg. Es konnten keine Fälle identifiziert werden, die durchgängig über dem Schwellenwert lagen. Wegen geringer Fallzahlen werden längerfristig hohe Einkommenspositionen über der 200-Prozent-Schwelle nur zusammengefasst (3 bis 7 Jahre) ausgewiesen.

Tabelle 1: Dauerhaftigkeit hoher Einkommenspositionen (>200%) von 1992 bis 1998

Anzahl der Jahre	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Anteile mit > 200% Einkommen in %	Einkommensposition in % des Durchschnittseinkommens	Anteile mit > 200% Einkommen in %	Einkommensposition in % des Durchschnittseinkommens
1 Jahr	49	152	57	150
2 Jahre	15	174	25	165
3 Jahre	7	189	18*	203*
4 Jahre	9	208		
5 Jahre	5	240		
6 Jahre	4	252		
7 Jahre	11	320		

* 3-7 Jahre zusammengefasst
 Personengewichte basieren auf der modifizierten OECD-Skala
 Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

Arbeitseinkommen dominieren in der oberen Einkommensgruppe

Bei der Charakterisierung hoher Einkommenspositionen kommt marktbezogenen Einkommensarten ein besonderer Stellenwert zu. Dazu stehen zunächst verschiedene Einkommensarten im Haushalt sowie Aufwendungen zu Sparzwecken im Vordergrund der Betrachtung. Bei Einkommenspositionen über der 200-Prozent-Schwelle dominieren bei der Zusammensetzung der Haushaltseinkommen die Einzelein-

Tabelle 2: Einnahmen und Sparverhalten nach Einkommensgruppen 1998

Einkommensarten	Einkommensgruppen				
	Unter 50%	50-100%	100-150%	150-200%	Über 200%
Westdeutschland					
Anzahl Arbeitseinkommensbezieher Ø	0,4	0,7	1,2	1,3	1,3
Anteil am Haushaltseinkommen durch:					
Arbeitseinkommen (insgesamt)	22	37	62	60	73
Arbeitseinkommen von Frauen	9	14	22	20	21
Zinsen/ Dividende	5	3	3	5	6
Sparbetrag-Anteil	3	7	12	16	16
Ostdeutschland					
Anzahl Arbeitseinkommensbezieher Ø	0,3	0,7	0,8	1,6	1,4
Anteil am Haushaltseinkommen durch:					
Arbeitseinkommen (insgesamt)	23	32	39	69	70
Arbeitseinkommen von Frauen	9	12	12	26	31
Zinsen/ Dividende	2	2	2	4	3
Sparbetrag-Anteil	9	6	15	22	19

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

kommen aus selbstständiger und nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit mit einem Anteil von mehr als 70 Prozent am gesamten Haushaltsnettoeinkommen in West- und Ostdeutschland. Für das Erreichen einer hohen Einkommensposition kommt dem Arbeitseinkommen von Frauen vor allem in Ostdeutschland ein vergleichsweise hoher Stellenwert zu: Der entsprechende Anteil am gesamten Haushaltseinkommen liegt bei 31 Prozent. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen immer stärker dazu beiträgt, dass Haushaltseinkommen über die 200-Prozent-Schwelle gelangen.

Mit steigendem Einkommen steigt die Freiheit hinsichtlich der Einkommensverwendung. Sparen ist eine Möglichkeit zur Verwendung von nicht gebundenem Einkommen. Es ist daher nicht überraschend, dass in den beiden höchsten Einkommensgruppen ein vergleichsweise hoher Anteil des Haushaltseinkommens

für Sparzwecke verwendet wird. Bei Personen oberhalb der 200-Prozent-Schwelle sind es im Durchschnitt 16 Prozent in den alten und 19 Prozent in den neuen Bundesländern.

Hoher Anteil von Angestellten und Beamten oberhalb der 200-Prozent-Einkommensschwelle

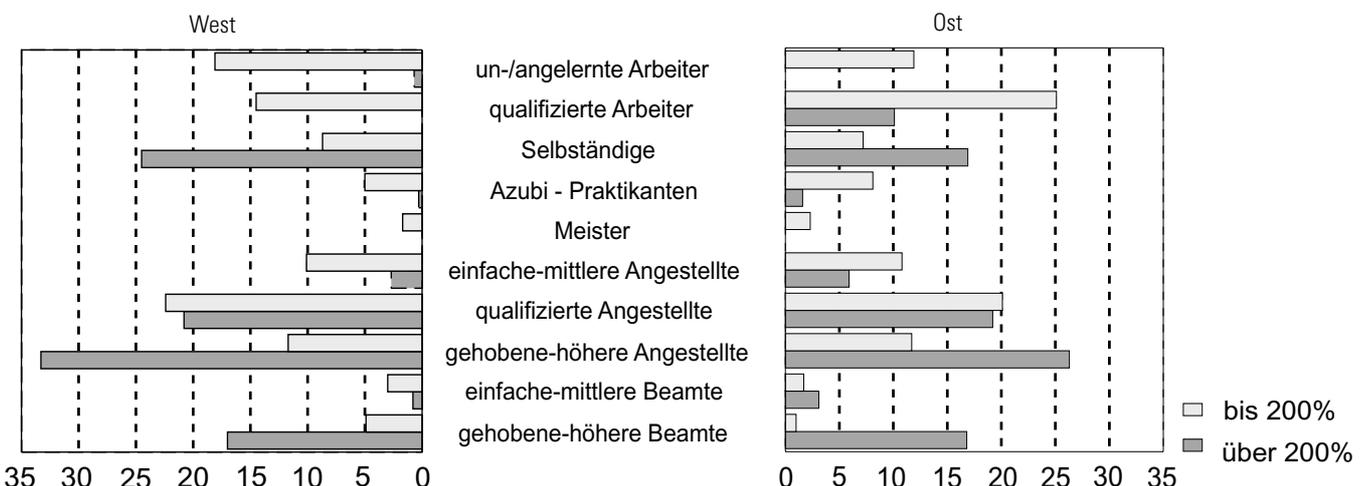
Reichtum wird häufig mit Unternehmertätigkeit oder exponierten beruflichen Positionen wie der des Spitzenmanagers im Industrie- und Dienstleistungsbereich in Verbindung gebracht. Ob dies der Realität entspricht, wird für Personen mit einem Einkommen über der 200-Prozent-Schwelle untersucht. Westdeutsche Erwerbstätige über der 200-Prozent-Schwelle sind zu einem Drittel gehobene oder höhere Angestellte und je zu einem Viertel qualifizierte Angestellte (z.B. Technische Zeichner) und Selbstständige. Gehobene und höhere Beamte machen weitere 16 Prozent

aus. Sie sind neben Selbstständigen und gehobenen und höheren Angestellten überproportional stark vertreten, während Arbeiter überhaupt nicht in dieser Einkommensgruppe zu finden sind. Dennoch sind auch Personen im qualifizierten mittleren Angestelltenbereich in beachtlichem Umfang oberhalb der 200-Prozent-Schwelle anzutreffen. Dies hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass den Berechnungen ein summarisches Einkommen aller Haushaltsmitglieder zugrunde liegt und teilweise auch Ehe- oder Lebenspartner eine höhere berufliche Stellung einnehmen. In den neuen Bundesländern fällt im Vergleich zu Westdeutschland auf, dass sich auch Arbeiter in der Einkommensposition über der 200-Prozent-Schwelle befinden. Dies ist einerseits durch das niedrigere Einkommensniveau, aber auch die geringere Einkommensungleichheit gegenüber den alten Bundesländern zu erklären.

Anspruchsniveaus höher als das faktische Einkommen

Eine objektiv gute Versorgung muss sich nicht zwangsläufig in den Einstellungen und dem subjektiven Wohlbefinden der Betroffenen widerspiegeln. Die Vorstellungen über ein „sehr gutes“ Einkommen sind in starkem Maße von der tatsächlichen Einkommenssituation abhängig (vgl. Tabelle 3). Mit steigender Einkommensposition steigt auch das Anspruchsniveau. In der höchsten Einkommensgruppe liegt der entsprechende Wert mit über 10.000 DM in den alten und 9.000 DM in den neuen Bundesländern jeweils mehr als dreimal so hoch wie in der untersten Einkommensgruppe. Die tatsächlichen Haushaltseinkommen werden in allen Einkommensgruppen von der Erwartung an ein „sehr gutes“ Einkommen übertroffen. Die Differenz ist in der untersten Einkommensgruppe - trotz bescheidenerer Ansprüche - am stärksten ausgeprägt. In der höchsten Einkommensgruppe wird die Höhe eines „sehr guten“ Einkommens in Westdeutschland bei 130 Prozent und in Ostdeutschland sogar bei 160 Prozent des

Graphik 2: Hohe Einkommenspositionen und Stellung im Beruf in West- und Ostdeutschland 1998



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

Tabelle 3: Vorstellungen über ein „sehr gutes“ Einkommen 1997

Einkommensgruppe der Befragten	genannte durchschnittliche Höhe eines „sehr guten“ Einkommens	Verhältnis des genannten „sehr guten“ Einkommens zum tatsächlichen Haushaltseinkommen in %
Westdeutschland		
Unter 50%	3170	260
50 - 100%	4800	170
100 - 150%	6730	150
150 - 200%	8010	140
Über 200%	10590	130
Gesamt	5780	170
Ostdeutschland		
Unter 50%	2320	220
50 - 100%	4310	180
100 - 150%	5580	160
150 - 200%	8240	160
Über 200%	9000	160
Gesamt	5020	180

1) Beantworter des Haushaltsfragebogens
 Personengewichte basieren auf der modifizierten OECD-Skala
 Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

tatsächlichen Haushaltsnettoeinkommens angesiedelt. In Ostdeutschland bewegen sich die Vorstellungen von einem „sehr guten“ Einkommen zwar auf einem geringeren Niveau als in Westdeutschland, allerdings ist - mit Ausnahme der niedrigsten Einkommensgruppe - der Abstand zum eigenen Haushaltseinkommen größer.

Zufriedenheitsbewertungen einzelner Lebensbereiche oder des Lebens insgesamt können als das Ergebnis von Vergleichs- und Anpassungsprozessen bezüglich der objektiven Lebensbedingungen gesehen werden. Sie werden im Sozio-ökonomischen Panel anhand einer Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“ gemessen. Bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen zeigt sich ein enger Zusammenhang mit der Einkommenshöhe. In Westdeutschland liegt der Durchschnitt bei Personen oberhalb der 200-Prozent-Schwelle mit 8,1 vergleichsweise hoch. Der Abstand zur untersten Einkommensgruppe beträgt fast 4 Skaleneinheiten. In Ostdeutschland findet man nahezu die gleiche Zufriedenheitsdistanz zwischen den beiden Einkommenspositionen, allerdings auf einem niedrigeren Zufriedenheitsniveau. Hier geht die größere Distanz zwischen den tatsächlichen Einkommen und den Anspruchsniveaus, die an westdeutschen Standards orientiert sind, in die Bewertung ein. Die Längsschnittanalyse zeigt, dass Personen, die sich dauerhaft in der höchsten Einkommensposition befinden, auch die höchste Einkommenszufriedenheit aufweisen. Zumindest im hohen Einkommensbereich scheint somit die allmähliche Anpassung des Anspruchsniveaus an das faktisch hohe Einkommen die Zufriedenheit mit dem Einkommen nicht zu beeinträchtigen. Auch die Zufriedenheiten mit dem Lebensstandard und der Arbeit variieren mit der Einkommenshöhe, wenn auch weniger stark als die Einkommenszufriedenheit. Bezüglich der allgemeinen

Lebenszufriedenheit, in die als summarisches Zufriedenheitsmaß auch Bewertungen für viele andere Bereiche, wie z.B. Familie und Partnerschaft eingehen, ist der Zusammenhang mit der Einkommensposition weniger deutlich. Die Differenz von der höchsten zur niedrigsten Einkommensgruppe beträgt hier noch 1,6 Skaleneinheiten in den alten und 1 Skaleneinheit in den neuen Bundesländern. Eine hohe Einkommensposition erweist sich hier als ein Faktor unter vielen, der die Lebenszufriedenheit bestimmt.

Die Beschreibung objektiver Lebensbedingungen und subjektiver Bewertungen von Personen, denen mehr als das Doppelte des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushalts-

nettoeinkommens zur Verfügung steht, hat verdeutlicht, dass es sich dabei weniger um Spitzenmanager und Großunternehmer als vielmehr um gut qualifizierte Arbeitnehmer in Dienstleistungsberufen und Selbstständige handelt. Zudem erweist sich diese Einkommensposition überwiegend als wenig stabil über einen längeren Zeitraum. Inwieweit es sinnvoll ist, diese Personengruppe zum Gegenstand einer Reichtumsberichterstattung zu machen, erscheint jedenfalls fraglich. Die angemessene Berücksichtigung von Vermögen, die viel ungleicher verteilt sind als Haushaltseinkommen, wäre in diesem Zusammenhang zu klären. Während bei der Armutsberichterstattung die Problemlage der Unterversorgung klar im Vordergrund steht, ist das Ziel einer Reichtumsberichterstattung - neben der bipolaren Betrachtung von arm und reich - sicherlich noch klarer zu definieren. Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden sollten bei dieser Betrachtung nicht ausser acht bleiben.

1 Personengewichte: 1 Person „1“; weitere Erwachsene „0,5“; Kinder „0,3“ vgl. Hagenaars u.a. 1995.

Hagenaars, Aldi J.M./ de Vos, Klaas/Zaidi, M Asghar (1995): *Armutsstatistik Ende der 80er Jahre: Untersuchung auf der Basis von Mikrodaten. Studie erstellt für Eurostat. Luxemburg.*

Krause, Peter/Wagner, Gert 1997: *Einkommens-Reichtum und Einkommens-Armut in Deutschland. Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). In: Huster, Ernst-Ulrich (Hg.) Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, Frankfurt 1997, S. 35-64.*

Stefan Weick
 Tel.: 0621/1246-245

Tabelle 4: Einkommensgruppen und Zufriedenheitsbewertungen 1998

Einkommensgruppen	Haushalts-einkommen	Zufriedenheit mit		
		Lebensstandard	Arbeit	Leben gegenwärtig
Westdeutschland				
Unter 50%	4,2	5,7	5,2	6,1
50 - 100%	6	6,8	6,7	6,9
100 - 150%	6,9	7,4	7	7,3
150 - 200%	7,6	7,8	7,2	7,4
Über 200%	8,1	8,3	7,5	7,7
Gesamt	6,3	7	6,8	7
Ostdeutschland				
Unter 50%	3,5	5,3	5,5	5,9
50 - 100%	4,7	6,1	6,3	6,4
100 - 150%	6,2	6,8	6,6	6,6
150 - 200%	7	7,3	7	7,1
Über 200%	7,5	7,3	6,8	6,9
Gesamt	5,5	6,5	6,5	6,5

0 = ganz und gar unzufrieden, 10 = ganz und gar zufrieden
 Personengewichte basieren auf der modifizierten OECD-Skala
 Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

Reichtum in Deutschland: Messkonzepte, Indikatoren, Analysen

Tagung der Sektion Soziale Indikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Die Jahrestagung 2000 der Sektion Soziale Indikatoren der DGS fand am 29. und 30. Mai am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin statt und befasste sich mit dem Thema „Reichtum in Deutschland: Messkonzepte, Indikatoren, Analysen“. Die Veranstaltung wurde von Peter Krause und Jürgen Schupp (DIW) sowie Heinz-Herbert Noll (ZUMA) organisiert, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Ankündigung der Bundesregierung, zukünftig einen Armuts- und Reichtumsbericht zu veröffentlichen. Mit „Reichtum in Deutschland“ wurde ein gesellschaftlich brisanter Sachverhalt aufgegriffen, der sich durch den bemerkenswerten Umstand auszeichnet, dass nicht nur in der Politik heftig darüber debattiert wird, obwohl nur wenige und unzureichende empirisch gesicherte Informationen zur Verfügung stehen.

Die Informationslage über die Verteilung von Einkommen und Vermögen systematisch zu erfassen und zu bewerten sowie Daten der amtlichen und nicht-amtlichen Statistik im Hinblick auf ihre Aussagefähigkeit für eine Reichtumsberichterstattung kritisch zu prüfen, sollte ein Ziel der Tagung sein. Da Reichtum per se kein gesellschaftliches Problem darstelle, sollte die Tagung - so Heinz-Herbert Noll in seiner Einleitung - nicht nur Gelegenheit bieten, die Datengrundlagen und methodischen Probleme einer Reichtumsberichterstattung zu erörtern, sondern auch die Frage nach den Zielen und spezifischen Funktionen einer Reichtums- als vermeintlicher Gegenpol einer Armutsberichterstattung zu diskutieren.

In seinem Referat über die „Funktion von Reichtum in einer sozial verfassten Marktwirtschaft“ stellte Gert G. Wagner (DIW und Frankfurt/Oder) aus einer ökonomischen Perspektive vor allem die Anreizfunktion von Reichtum und Vermögen für wirtschaftliches Handeln heraus. Reichtum sollte nach seinen Ausführungen als relatives Konzept begriffen werden, das sich auf die personelle Verteilung bezieht. Elmar Stöß (Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main) berichtete über „Ergebnisse der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank“, die zwar keine unmittelbaren Aussagen zur personellen Vermögensverteilung bereitstellen können, aber durch die Umstellung der Finanzierungsrechnung auf das Europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG '95) auf der Aggregatebene Informationen über das Geldvermögen für die Gesamtheit der privaten Haushalte liefern, die bisher nicht möglich waren. Im Anschluss daran ging Claus Schäfer

(WSI in der Hans Böckler Stiftung) auf das „Verhältnis von mikro- und makro-ökonomischen Reichtums-Indikatoren“ ein und verdeutlichte, dass sowohl Mikroinformationen (EVS oder SOEP-Daten) als auch Makroinformationen aus der VGR zur Einkommensverteilung Probleme aufweisen, die den Informationsgehalt für die oberen Einkommensgruppen erheblich in Frage stellen. Nur durch Verknüpfung bestehender Daten mit zusätzlichen, vor allem prozessproduzierten Datenquellen (z.B. auf der betrieblichen Ebene die Bilanzstatistik der Bundesbank) könne die erhebliche statistische Lücke geschlossen werden. Joachim Merz (Lüneburg) zeigte dagegen, dass bereits jetzt mit den Zugangsmöglichkeiten zu einer umfangreichen Stichprobe der Einkommensteuerstatistik (1992) ein beachtliches Analysepotential im Hinblick auf „Einkommen und Einkommensverteilung von Selbständigen und Freien Berufen“ gegeben ist. Stefan Bach und Bernd Bartholmai (DIW) stellten ein Konzept über die „Möglichkeiten zur Modellierung hoher Einkommen auf Grundlage der Einkommensteuerstatistik“ vor, das darauf abzielt, die oberen Einkommensbereiche, die durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) bekanntlich nur unzureichend abgebildet werden, durch eine Analyse der „reichen“ Haushalte aus der Einkommensteuerstatistik abzuschätzen. Reinhard Schüssler (Prognos, Basel) dokumentierte in seinem Referat einen vergleichbaren Ansatz, die „Einkommen, Geldvermögen und Grundvermögen der Haushalte mit hohem Einkommen“, die hier pragmatisch als jene Haushalte definiert sind, die durch die EVS nicht ausgewiesen werden, durch Auswertungen der Vermögenssteuerstatistik (1993) zu generieren. Danach ist es beispielsweise möglich, den von der EVS erfassten Haushalten die nicht ausgewiesenen Haushalte mit ihrem Geld- und Grundvermögen gegenüber zu stellen. Richard Hauser und Holger Stein (Frankfurt am Main) zeigten dazu in Ergänzung, dass und inwieweit mit „Ergebnissen der Frankfurter Vermögensanalysen auf der Basis der EVS“ bestehende empirische Lücken im Bereich des Geld- und Immobilienvermögens der Privathaushalte geschlossen werden können. Dabei wurde in diesem und den beiden zuvor genannten Referaten auch deutlich gemacht, dass beispielsweise in bezug auf die Definitionen, Berechnungen und Abschätzungen von Grund- und/oder Immobilienvermögen eine Reihe von folgenreichen Entscheidungen zu treffen sind (z.B. Verkehrswert von Immobilien), für die bislang keine konsensuellen wissenschaftlichen Standards vorliegen. Auf

dieses Problem machten auch Joachim Frick und Markus Grabka (DIW) in ihrem Vortrag „Zur Sensitivität von Einkommensungleichheit bei Verwendung alternativer Konzepte zur Bestimmung von Einkommensvorteilen aus Wohneigentum“ aufmerksam, indem sie vor allem auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) verschiedene Verfahren vorstellten, den durch das selbstgenutzte Wohneigentum erzielten Einkommensvorteil als Bestandteil der personellen Einkommensverteilung zu berücksichtigen (imputed rent). Dies sind bedeutsame Bestandteile des verfügbaren Einkommens, die je nach Verfahren zu nennenswerten, aber auch unterschiedlichen Veränderungen der personellen Einkommensverteilung führen können. Axel Börsch-Supan (Mannheim) zeigte anhand der EVS-Daten von 1978, 1983, 1988 und 1993, dass gängige Theorien des Sparens, die ausgehend von einer Lebenszyklushypothese auf ein „Entsparen“ im Alter abstellen, empirisch widerlegt werden können. Die Querschnittsdaten der EVS wurden darauf bezogen auch als Quasi-Längsschnittdatensatz analysiert, um den Wohlstand einzelner Geburtskohorten über die Zeit abbilden zu können.

Die Referate, über die bisher berichtet wurde, kann man so charakterisieren, dass sie aus ökonomischer Perspektive den Informationsbedarf einer Reichtumsberichterstattung, aber auch die Möglichkeiten, wesentliche Informationslücken schließen zu können, verdeutlicht haben. In weiteren Vorträgen wurde diese Perspektive erweitert, indem auch Fragen nach relevanten Funktionen von Reichtum sowie die Merkmale des Personenkreises der Bezieher hoher Einkommen thematisiert wurden. Andreas Motel (Berlin) und Marc Szydlík (Erfurt) illustrierten eine solche Perspektive am Beispiel „Private Vermögen und ihre Weitergabe - Messkonzepte, Analysebefunde und Befunde des Alters-Survey“, indem sie empirische Informationen zu den nur wenig bekannten Zusammenhängen von Generationenbeziehungen und Reichtum präsentierten. Stefan Weick (Mannheim) schließlich dokumentierte mit seinem Vortrag „Einkommensreichtum und Lebensqualität“ auf der Datenbasis des SOEP, dass und in welchem Umfang privilegierte Einkommenslagen typischerweise mit differentiellen sozialstrukturellen Merkmalen und spezifischen Lebensbedingungen einhergehen. Lutz Kaiser (Statistisches Bundesamt) referierte über „Das neue Konzept der Wirtschaftsrechnungen“, das sich dadurch auszeichnet, dass nunmehr relevante Informationen für alle privaten Haushalte außer den Selbständigenhaushalten repräsentativ erhoben werden; es wurde aber auch deutlich, dass bestimmte Grenzen für den Nachweis von Reichtum immer noch bestehen. Zum Abschluss der Tagung stellten Peter Semrau und Uwe Müllenmeister-Faust (Bundesministerium für Arbeit) das „Konzept der Bundesregierung für einen Armuts- und Reichtumsbericht“ zur Diskussion, an dem sich Programm und Zeitpunkt der Tagung nicht zuletzt auch ausgerichtet haben.

■ **Roland Habich**, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Tel.: 030/25491-380

Große Vielfalt bei ehrenamtlicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement

Ein neues Feld der Sozialberichterstattung in Deutschland

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ erklärt. Die offizielle Eröffnungsveranstaltung in Deutschland wird im Dezember 2000 unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stattfinden. Der Deutsche Bundestag hat eine Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ eingesetzt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat bereits im Vorfeld dieser Aktivitäten eine umfassende „Erhebung zum Ehrenamt“ in Auftrag gegeben, deren Abschlussbericht im Herbst dieses Jahres unter dem Titel „Freiwilliges Engagement in Deutschland“ veröffentlicht wird¹. Mit dieser auch als „Freiwilligen-survey 1999“ bezeichneten Datenbasis ist die Möglichkeit eröffnet, das System der Sozialberichterstattung in Deutschland auf ein neues Themenfeld zu erweitern.

Die wissenschaftliche Diskussion hat sich dem Thema bereits seit einigen Jahren verstärkt zugewandt. Mehrere Kompendien, die eine Bestandsaufnahme vornehmen und zugleich eine programmatische Perspektive formulieren, sind in jüngster Zeit erschienen, mit Titeln wie „Strukturwandel des Ehrenamts“ (1999), „Engagierte Bürgerschaft“ (2000) und „Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts“ (1999)².

Die empirische Basis für diese Diskussion war bisher eher schwach. Zwar gibt es eine Fülle von Untersuchungen zu bestimmten Einzelbereichen, in denen ehrenamtliche Tätigkeiten von Bedeutung sind - vom Sozialbereich bis zum Kulturbereich, von der Jugendarbeit bis zur Seniorenarbeit -, doch lässt sich daraus schwer ein Gesamtbild gewinnen. Versuche, diesen Mangel durch repräsentative Bevölkerungsumfragen zu beheben, hat es durchaus gegeben. Deren Überzeugungskraft ist aber schon dadurch eingeschränkt, dass die Ergebnisse verschiedener Erhebungen in einer nicht gerade vertrauensbildenden Bandbreite schwanken. Der Anteil der Bundesbürger, die in irgendeiner Weise ehrenamtlich tätig sind, wird in einer Streubreite zwischen 14 Prozent und 38 Prozent ausgewiesen³.

Die vom BMFSFJ Ende 1998 in Auftrag gegebene „Erhebung zum Ehrenamt“ sollte diese Situation verbessern und eine tragfähige empirische Basis für die Diskussion des Themas bereitstellen. Inwieweit dies gelungen ist, muss die Fachdiskussion zeigen. Wesentliche Punkte des Untersuchungsansatzes und der Ergebnisse werden hier vorgestellt⁴.

Wie kann man ehrenamtliche Tätigkeit messen?

Was soll man, um den Untersuchungsgegenstand zu erfassen, die Befragungspersonen fragen? Etwa: Üben Sie ein Ehrenamt aus? Lei-

sten Sie Freiwilligenarbeit? Sind Sie bürgerschaftlich engagiert? Eine solche direkte Umsetzung von Begriffen, die in der Praxis oder der theoretischen Diskussion gebräuchlich sind, in ein operationales Messkonzept verbietet sich. Zu unklar ist, welchen Bedeutungsgehalt die Befragungspersonen mit den Begriffen verbinden und ob der verbale Stimulus ausreicht, um das ganze Spektrum an interessierenden Tätigkeiten assoziativ in den Blick zu bringen.

Es wurde daher ein Messkonzept entwickelt, das den Befragten ein Höchstmaß an assoziativer „Stützung“ in der Interviewsituation bietet und das zugleich einen analytischen Zugang darstellt, der sich als sehr fruchtbar er-

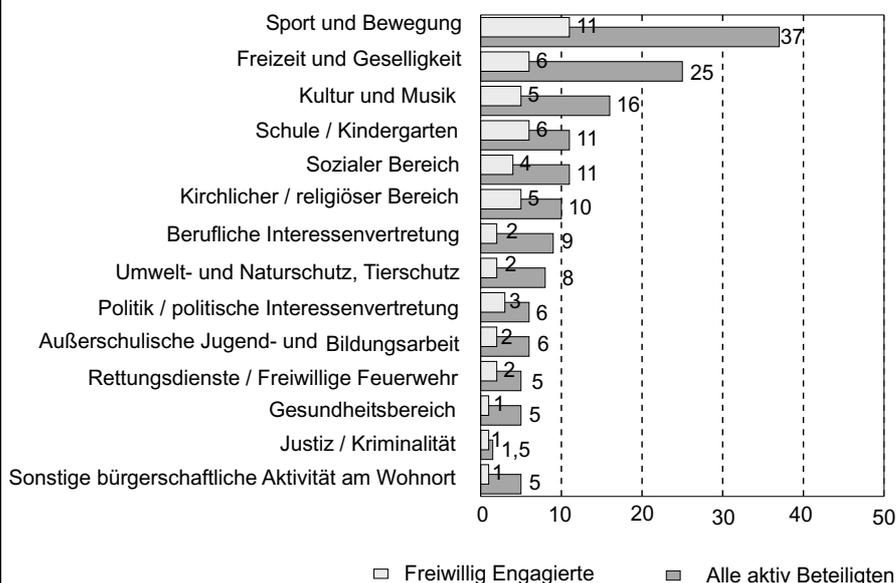
wiesen hat. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass freiwilliges, ehrenamtliches Engagement eine Subkategorie eines umfassenderen Sachverhalts ist, nämlich des aktiven Mitmachens in Gruppierungen, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen (außerhalb des Berufs und außerhalb der Familie). Dabei geht es um eine große Vielfalt von Formen und Tätigkeitsfeldern. Das Messkonzept umfasst drei Stufen, auf denen zunehmend spezifische Verhaltensaspekte erfasst werden:

Stufe 1: Das Mitmachen, die „aktive Beteiligung“ in bestimmten Bereichen oder Betätigungsfeldern. Dafür wurde eine Liste von 15 möglichen Bereichen vorgegeben (vgl. Graphik 1). Zwei Drittel der Befragten sind nach eigener Angabe in einem oder mehreren Bereichen in dem Sinne beteiligt, dass sie irgendwo aktiv mitmachen.

Stufe 2: Für alle Bereiche, in denen man sich aktiv beteiligt, wird nachgefragt, ob man dort auch „Aufgaben oder Arbeiten übernommen“ habe, die man „freiwillig oder ehrenamtlich“ ausübt (und zwar „unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung“). 34 Prozent der Befragten bejahen dies für einen oder mehrere Bereiche, in denen sie sich aktiv beteiligen. Diesen Personenkreis bezeichnen wir als die „freiwillig Engagierten“.

Stufe 3: Für alle Bereiche, in denen man ehrenamtliche Aufgaben oder Arbeiten ausübt, wird konkret nachgefragt, um was für eine Tätigkeit es sich handelt. Eine Tätigkeit ist definiert durch alles, was man bei einer Gruppierung oder Organisation tut. Pro Bereich werden bis zu zwei Tätigkeiten erfasst (bei 15 Bereichen theoretisch also 30 Tätigkeiten). Für bis zu zwei Tätigkeiten wird ein ausführliches Merkmalsprofil erhoben, für die zeitaufwen-

Graphik 1: „Freiwillig Engagierte“: Die Teilgruppe der aktiv Beteiligten, die freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeiten übernommen haben



Basis: Wohnbevölkerung ab 14 Jahren
Quelle: Infratest Burke Sozialforschung, Freiwilligen-survey 1999

digste Tätigkeit auch Fragen zur Motivation, zum Zugang in die Tätigkeit und zur Erfüllung der Erwartungen. Erfasst wurden insgesamt 7.500 Tätigkeiten, darunter rd. 5.500 mit Beschreibung des Tätigkeitsprofils. Da eine Person mehrere ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben kann - im empirischen Durchschnitt sind es 1,6 -, ist die Analyse auf der Personenebene („die Engagierten“) von derjenige(n) auf der Tätigkeitsebene („die ehrenamtlich ausgeübten Tätigkeiten“) zu trennen.

Zwei Drittel der Bundesbürger machen irgendwo aktiv mit

Das aktive Mitmachen in Gruppierungen, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen (Stufe 1 des Messkonzepts) ist für sich genommen eine bedeutsame Information. Man kann sie im Zusammenhang mit Bemühungen sehen, das „Sozialkapital“ einer Gesellschaft zu beschreiben. Meist dienen hierfür Vereinsmitgliedschaften als empirischer Indikator. Im Grunde ist das aktive Mitmachen aber ein besserer Indikator als die Mitgliedschaft, und die Erweiterung des Blicks auf andere Formen des organisatorischen Rahmens - nicht nur den Verein - ist dem theoretischen Konzept angemessen.

Wie wichtig es ist, bereits diese Stufe in die Analyse einzubeziehen - also das aktive Mitmachen und nicht erst das weitergehende ehrenamtliche Engagement -, zeigt ein einfaches Beispiel. Die Untersuchung sollte u.a. auch Aussagen zum freiwilligen, ehrenamtlichen Engagement von Arbeitslosen machen. Diese Fragestellung ist aus verschiedenen Blickwinkeln von Interesse, die hier nur in Stichworten angedeutet werden können: Soziale Bedingungen freiwilligen Engagements, alternative Betätigungsformen für Personen ohne Erwerbsarbeit („Tätigkeitsgesellschaft“), Vereinbarkeit ehrenamtlicher Tätigkeit mit Ansprüchen auf Arbeitslosengeld.

Wie erwartet, ist der Anteil der Arbeitslosen, die sich in freiwilligen ehrenamtlichen Tätigkeiten engagieren, erheblich niedriger als in der Gesamtbevölkerung. Er beträgt 23 Prozent gegenüber 37 Prozent in der Vergleichsgruppe der 25-59jährigen insgesamt. Die genauere Analyse zeigt, dass der Grund dafür nicht eigentlich eine geringere Engagementbereitschaft ist, sondern ausschließlich die geringere soziale Einbindung. Arbeitslose sind in Gruppierungen und Vereinen jeglicher Art weniger beteiligt, vom Sportverein bis zur Gewerkschaft. Diejenigen Arbeitslosen, die irgendwo aktiv mitmachen, sind in gleichem Umfang wie Nichtarbeitslose bereit zu freiwilligem, ehrenamtlichem Engagement. Und subjektiv ist ihnen diese Tätigkeit noch wichtiger als den übrigen ehrenamtlich Tätigen.

Ein Drittel der Bundesbürger sind in ehrenamtlicher Tätigkeit oder Freiwilligenarbeit engagiert

Die Bundesregierung ging 1996 in ihrem Bericht „Zur Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit

für unsere Gesellschaft“ (Bundestagsdrucksache 13/5674) von einem Anteil von 17 - 18 Prozent der Bundesbürger/innen aus, die eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben. Eine „Engagementquote“ in dieser Höhe zeigten zwei ganz unterschiedliche Erhebungen, nämlich die Zeitbudget-Studie des Statistischen Bundesamts von 1991 und die European Volunteering Study (EuroVol), die Anfang der 90er Jahre in verschiedenen Ländern durchgeführt wurde. Mit der ermittelten 18 Prozent-Quote gehörte Deutschland im internationalen Vergleich zu den Schlusslichtern - ein entwicklungsbedürftiges Land⁵. Die neue repräsentative Erhebung 1999, durchgeführt im Auftrag der Bundesregierung, weist nun 34 Prozent der Bundesbürger/innen als freiwillig oder ehrenamtlich engagiert aus. Wie ist das zu bewerten? Heißt es, dass im Laufe der 90er Jahre die Engagementbereitschaft der Bundesbürger sprunghaft zugenommen hat? Sicher heißt es das nicht. Die neue Erhebung hat mit einem sorgfältigeren Erhebungskonzept eine größere Zahl von Tätigkeiten im Bereich des freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements erfassen können als andere Erhebungen. Der Ergebnisvergleich kann daher für die zurückliegenden Jahre nicht im Sinne einer Trendaussage interpretiert werden. Trendaussagen sind erst möglich, wenn künftige Wiederholungsbefragungen nach dem Konzept des Freiwilligenurvey 1999 durchgeführt werden.

Für die zurückliegenden Jahre können sich Trendaussagen nur auf Erhebungen stützen, die mit gleichbleibendem methodischen Konzept wiederholt in verschiedenen Jahren durchgeführt wurden. Die wichtigste, wenn nicht sogar die einzige Datenquelle, die zum vorliegenden Thema diese Voraussetzungen erfüllt, ist für Deutschland das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eine seit 1984 jährlich wiederholte Befragung. Die Ergebnisse weisen aus, dass von Mitte der 80er Jahre bis Mitte der 90er Jahre der Anteil ehrenamtlich tätiger Bundesbürger/innen um etwa 5 Prozentpunkte angestiegen ist. Der Anstieg vollzog sich dabei im Randbereich des ehrenamtlich aktiven Personenkreises, d.h. nicht bei denen, die regelmäßig, sondern bei denen, die eher sporadisch ehrenamtlich tätig sind⁶.

Dieser Befund einer steigenden Zahl ehrenamtlich engagierter Personen in Deutschland steht im Widerspruch zu den Klagen aus dem Bereich der Verbände über eine sinkende Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement. Umso wichtiger ist es, in Umfragen nicht nur eine allgemeine Engagementquote zu messen, sondern die Strukturen im einzelnen darstellen zu können.

Engagement vor allem im persönlichen Lebensumfeld

In Graphik 1 sind die in der Befragung unterschiedlichen Bereiche gezeigt, in denen man sich aktiv beteiligen oder ehrenamtlich engagieren kann. Sie sind angeordnet nach der Zahl der aktiv Beteiligten, also der Bundesbürger/

innen, die im jeweiligen Bereich überhaupt mitmachen. Es ist keine Überraschung, dass die eher freizeitorientierten Bereiche an der Spitze stehen: Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit, Kultur und Musik. Als nächstes folgt der Bereich Schule/Kindergarten, der ebenfalls noch stark auf die persönliche, familiäre Situation bezogen ist.

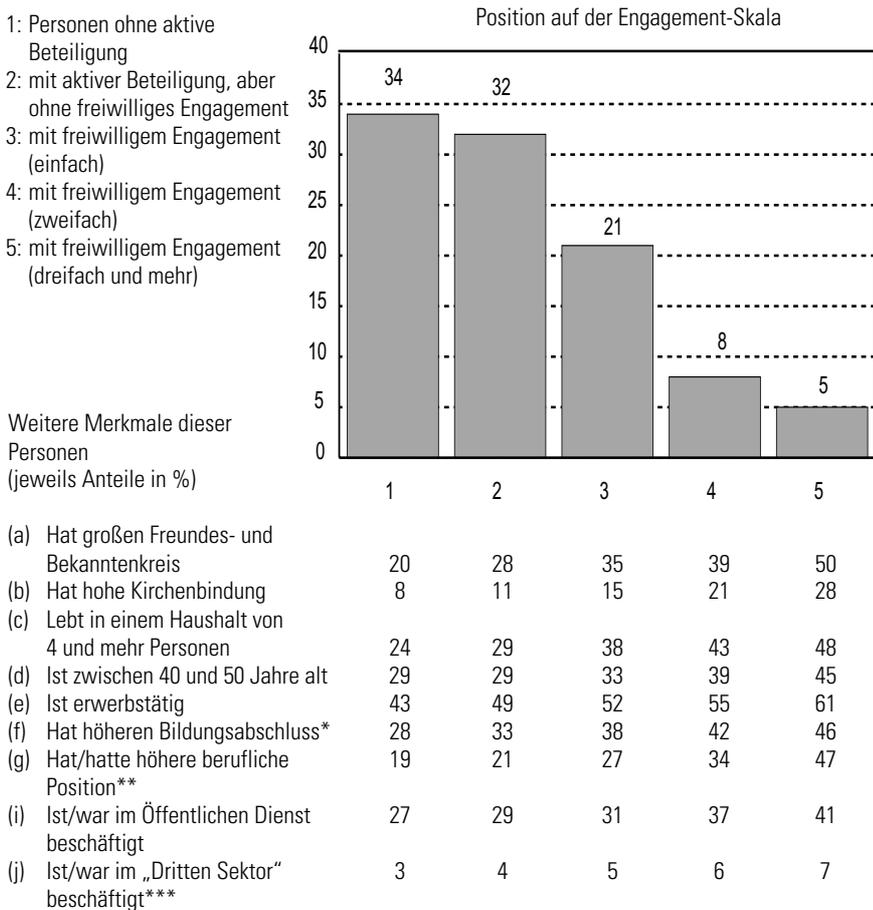
Diese vier Bereiche sind - wegen der großen Zahl der Beteiligten - auch diejenigen, in denen es eine sehr große Zahl von Personen mit freiwilliger, ehrenamtlicher Tätigkeit gibt. Gut die Hälfte des vorfindbaren freiwilligen Engagements in Deutschlands entfällt allein auf diese vier Bereiche. Die übrigen Bereiche entsprechen inhaltlich eher dem, was man mit „politisch-sozialem Engagement“ bezeichnet. Bei den erstgenannten Bereichen geht es demgegenüber eher darum, Gemeinschaftsaktivität im persönlichen Lebensumfeld zu organisieren.

Sicher ist diese Differenzierung der Bereiche nach zwei Oberkategorien nicht ganz trennscharf. Sie erscheint uns aber wichtig, um die Untersuchungsergebnisse richtig zu bewerten. Die Untersuchung zeigt, dass es in Deutschland eine große Zahl an Menschen gibt, die freiwillige, ehrenamtliche Arbeit leisten. Die Zahl ist größer, als sie sich nach den meisten bisherigen Untersuchungen darstellte. Es wäre jedoch verfehlt, dieses Engagement insgesamt mit politisch-sozialem Engagement gleichzusetzen. Letzteres spielt ohne Frage eine wichtige Rolle. Freiwilliges, ehrenamtliches Engagement ist jedoch häufiger ganz unpolitisch, nämlich einfach Teil der Gemeinschaftsaktivität im persönlichen Lebensumfeld. Die breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Bereich prägt in erheblichem Maß - und zu Recht, wie wir meinen - das Gesamtbild, das in dieser Untersuchung gezeichnet wird.

Zwölf Prozent der Bürger mehrfach engagiert

Die Engagementquote von 34 Prozent sollte nicht statisch in dem Sinne interpretiert werden, als stünden sich Engagierte und Nichtengagierte als feste Blöcke gegenüber. Man nimmt eine freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeit irgendwann auf und man beendet sie irgendwann wieder. Die Untersuchung war zwar nicht als Verlaufsuntersuchung angelegt, fragte immerhin aber nach früheren Engagementerfahrungen, nach Art des Zugangs in die jetzige ehrenamtliche Tätigkeit und nach der voraussichtlichen Dauer, bei derzeit Nichtengagierten auch nach dem Interesse an einer solchen Tätigkeit. Es ergeben sich eine Vielzahl von Hinweisen, die für ein „dynamisches“ Modell des freiwilligen Engagements sprechen. Die fünfstufige „Engagement-Skala“, die in Graphik 2 dargestellt ist, entspricht diesem Ansatz besser als die einfache Ja/Nein-Gegenüberstellung von Engagierten und Nichtengagierten.

Graphik 2: Freiwilliges Engagement und Stellung in der Gesellschaft



* Fachhochschulreife und höher
 ** Angestellte mit Führungsaufgaben; Beamte des gehobenen und höheren Dienstes; Selbständige mit Mitarbeitern
 *** Gemeinnützige / nicht gewinnorientierte Einrichtung oder Organisation

Basis: Wohnbevölkerung ab 14 Jahren
 Quelle: Infratest Burke Sozialforschung, Freiwilligensurvey 1999

Die untere Stufe auf der Engagement-Skala bildet das Drittel der Bundesbürger/innen, die sich nirgendwo in Gruppen, Vereinen, Organisationen oder Einrichtungen aktiv beteiligen. Ein weiteres Drittel der Bundesbürger/innen (Stufe 2) macht zwar irgendwo aktiv mit, ohne dort aber freiwillige, ehrenamtliche Aufgaben oder Arbeiten übernommen zu haben. Das dritte Drittel hat solche Aufgaben oder Arbeiten übernommen und ist in diesem Sinne „freiwillig engagiert“. Dieses Drittel kann noch einmal danach untergliedert werden, wie viele ehrenamtliche Tätigkeiten die Personen ausüben. Der größte Teil übt nur eine Tätigkeit aus (21 Prozent), ein kleinerer Teil - man kann sie als „Mehrfach-Engagierte“ bezeichnen - entweder zwei Tätigkeiten (8 Prozent) oder drei und mehr Tätigkeiten (5 Prozent). Die Mehrfachengagierten sind dabei häufiger als die Einfachengagierten in Bereichen tätig, die dem politisch-sozialen Engagement zuzurechnen sind. Sie wenden insgesamt auch mehr Zeit für ihr Engagement auf.

Die Stufe, die eine Person auf der Engagement-Skala einnimmt, ist nicht unbedingt dauerhaft. Je nach Lebensphase und Lebensumständen,

aber auch in Abhängigkeit von äußeren Bedingungen oder Angeboten kann man freiwillige Engagements übernehmen oder abgeben. Auf den Stufen der (gedachten) Engagement-Skala würde man sich damit nach oben oder unten bewegen. Diese „Beweglichkeit“ ist ein wichtiger Aspekt im „Strukturwandel des Engagements“, wie er in der Forschungsliteratur beschrieben wird.

So richtig und berechtigt eine solche „dynamische“ Betrachtung des Engagements ist, so darf auf der anderen Seite nicht übersehen werden, dass die Engagementbereitschaft einer Person eine grundlegende und damit recht stabile Disposition ist, angelegt in der Persönlichkeitsstruktur und geprägt und gestützt durch soziale Bedingungen. Wo eine Person auf der Engagement-Skala verortet ist, ist mehr als eine momentane Zufälligkeit.

Soziale Ungleichheit auch im ehrenamtlichen Engagement

Die Ausübung freiwilliger, ehrenamtlicher Tätigkeiten geht auf Seiten der handelnden Person tendenziell mit weiteren Verhaltenswei-

sen und Einstellungen einher, die man als Ausdruck von „Gemeinsinn“ bezeichnen kann. Dazu gehören: Hilfeleistungen für andere Personen außerhalb des eigenen Haushalts; Geldspenden für karitative, soziale oder gemeinnützige Zwecke; die Bereitschaft, sich auch im Betrieb nicht nur für die eigene Arbeit, sondern als Betriebsrat/Personalrat zu engagieren; das Interesse für Politik und öffentliche Angelegenheiten; das aktive Mitmachen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen; Wertorientierungen im Sinne von Solidarität und Selbstverwirklichung.

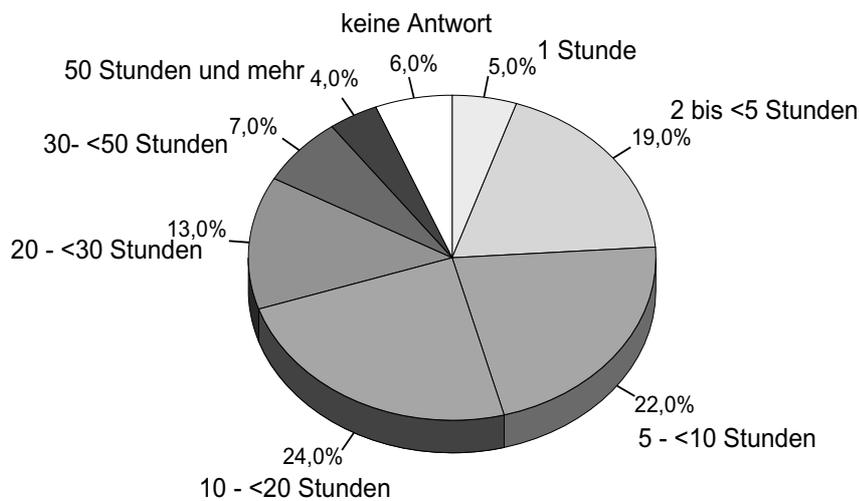
Nicht jeder, der ehrenamtliche Tätigkeiten ausübt, ist ein Idealmensch mit allen diesen guten Eigenschaften. Aber der Anteil derer, die die genannten Merkmale aufweisen, steigt eindeutig und linear von Stufe zu Stufe der Engagement-Skala an. Dasselbe Muster findet sich im Hinblick auf Merkmale der Person, die deren soziale Einbindung und soziale Position beschreiben. Von Stufe zu Stufe auf der Engagement-Skala steigt der Anteil der Personen mit folgenden Merkmalen: mit großem Freundes- und Bekanntenkreis; mit starker Kirchenbindung; mit Erwerbstätigkeit; mit höherer Schulbildung; mit höherer beruflicher Position; mit einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst oder dem Dritten Sektor. Dies sind offenbar Bedingungen, unter denen die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement sich leichter herausbildet, sozial gestützt und von den äußeren Lebensumständen begünstigt wird.

So plausibel diese Zusammenhänge sind, so bedenklich sind sie doch in gesellschaftspolitischer Sicht. Sie bedeuten, dass die Strukturen sozialer Ungleichheit auch in den Bereich des freiwilligen Engagements hineinwirken und dass dort, wo die soziale Integration geringer ist, sich auch weniger Verhaltensweisen finden, die den sozialen Zusammenhalt stärken.

Große Vielfalt des freiwilligen Engagements

Unter dem Begriff des freiwilligen Engagements - oder, je nach Vorliebe, des ehrenamtlichen Engagements oder bürgerschaftlichen Engagements - wird eine große Vielfalt an Tätigkeitsformen und Tätigkeitsfeldern zusammengefasst. Ein Gesamtüberblick über das Feld muss diese Vielfalt sichtbar machen und strukturieren.

Eine wichtige Hilfe dafür sind bereits die 15 Engagementbereiche (Graphik 1). Sie sind danach unterschieden, um was es inhaltlich in dem jeweiligen Feld geht: Sport, Kultur, Umwelt, Gesundheit usw. Das inhaltliche Interesse ist in der Regel die Antriebskraft für die Bereitschaft, ehrenamtliche Aufgaben und Arbeiten zu übernehmen. Man muss sich für etwas interessieren, um sich dafür zu engagieren. Darüber hinaus bilden die Engagementbereiche meist auch den Rahmen für eine verbandspolitische Organisation des jeweiligen Tätigkeitsfeldes.

Graphik 3: Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Monat für ehrenamtliche Tätigkeit

Quelle: Infratest Burke Sozialforschung, Freiwilligensurvey 1999

Die Bereiche, die in dieser Weise durch einen besonderen Problemdruck gekennzeichnet sind, sind folgende:

- der Gesundheitsbereich
- die Unfall- und Rettungsdienste einschl. der Freiwilligen Feuerwehren
- die Jugend- und Bildungsarbeit
- die berufliche Interessenvertretung.

Am anderen Ende des Spektrums stehen Bereiche, die in diesem Sinne wenig Problemdruck aufweisen. Dies sind die Bereiche

- Kirche / Religion
- Freizeit und Geselligkeit
- Schule / Kindergärten.

Wenn es im politischen Raum um verbesserte Rahmenbedingungen freiwilligen Engagements geht, sind solche Differenzierungen wichtig. Das Gewicht einzelner Probleme und entsprechender Maßnahmen ist in verschiedenen Engagementbereichen unterschiedlich. Einzelne Engagementbereiche artikulieren generell mehr Probleme und Handlungsbedarf als andere. Zugleich zeigt die Befragung jedoch, dass die freiwillig Engagierten insgesamt in erheblichem Umfang Bedarf und Ansatzpunkte sehen, freiwilliges Engagement zu fördern und zu unterstützen.

Wenn es im wissenschaftlichen Raum um Diskurse zum Strukturwandel des Ehrenamts und zur Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in der Gesellschaft geht, sollte man das Gesamtfeld des freiwilligen Engagements im Blick haben und zugleich die Differenzierungen innerhalb des Feldes sehen. Die Untersuchung, die hier in Grundzügen vorgestellt wurde, bietet für diese doppelte Anforderung eine geeignete Grundlage.

- 1 Bernhard von Rosenblatt (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Erscheint in der Schriftenreihe des BMFSFJ, Kohlhammer-Verlag, 2000.*
- 2 Beher, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschenbach, Thomas: *Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess. Weinheim und München 1999.*
- 3 Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.): *Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven. Opladen 2000.*
- 4 Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhart (Hrsg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Maßkonzepte. Berlin 1999.*
- 3 Vgl. dazu Bernhard von Rosenblatt: *Zur Messung des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland - Konfusion oder Konsensbildung? In: Kistler/Noll/Priller (Hrsg.), a.a.O., S. 399 - 410.*
- 4 Die Untersuchung wurde von einem Projektverbund durchgeführt, dem folgende Institute angehören:
- Infratest Burke Sozialforschung, München

Die Untersuchung bietet eine Beschreibung der ehrenamtlichen Tätigkeiten nach einer großen Zahl von Strukturmerkmalen, wie z.B. dem organisatorischen Rahmen der Tätigkeit, dem Hauptinhalt der Tätigkeit, den gestellten Anforderungen, dem Zeitaufwand, eventuellen Formen der Vergütung usw. Nach diesen Merkmalen können Profile der Bereiche gezeichnet werden. Bereits ein Blick auf die Streuung einzelner Merkmalsverteilungen zeigt aber die Heterogenität des Gesamtfeldes. Als Beispiele wählen wir hier den Zeitaufwand und Erwartungen an die Tätigkeit.

In der Mehrzahl der Fälle ist die ehrenamtliche Tätigkeit mit regelmäßigen Terminen und zeitlichen Verpflichtungen verbunden (71 Prozent). Die Tätigkeiten sind aber unterschiedlich zeitintensiv. Der durchschnittliche Zeitaufwand pro Monat ist in Graphik 3 zusammengestellt. Im Durchschnitt werden pro Monat 14,5 Stunden für die Tätigkeit aufgewendet. Die Spannweite des durchschnittlichen Zeitaufwands nach Bereichen reicht von 23,5 Stunden im Gesundheitsbereich und 20,0 Stunden im sozialen Bereich bis zu 8,8 Stunden im Bereich Schule / Kindergarten und 7,8 Stunden im Bereich Justiz / Kriminalitätsprobleme.

Welche Erwartungen verbindet man mit der Tätigkeit, was ist einem wichtig? Das gängige Motivbündel verbindet Spaß an der Sache und Altruismus. Wichtig ist einem: Dass die Tätigkeit Spaß macht; dass man mit sympathischen Menschen zusammenkommt; etwas für das Gemeinwohl zu tun; anderen Menschen zu helfen. Daneben gibt es Erwartungen, die nur eine Minderheit mit der Tätigkeit verbindet. Dazu gehört etwa: „Berechtigte eigene Interessen zu vertreten.“ Die meisten Engagierten bezeichnen das als unwichtig in bezug auf die ausgeübte Tätigkeit, aber für 30 Prozent ist es wichtig oder sehr wichtig. Oder: „Dass die Tätigkeit auch für berufliche Mög-

lichkeiten nutzt“. Die meisten Engagierten bezeichnen dies als nicht wichtig, aber für 19 Prozent ist das ein wichtiger oder sehr wichtiger Punkt.

Belastbarkeit, Sozialkompetenz und Fachkompetenz gefragt

An die ehrenamtliche Tätigkeit werden z.T. hohe Anforderungen gestellt. Von der zeitlichen Belastung abgesehen, kann man drei Anforderungsdimensionen unterscheiden: Belastbarkeit, Sozialkompetenz und Fachkompetenz. Mit Sozialkompetenz sind dabei Anforderungen gemeint wie: Mit Menschen gut umgehen können, mit Behörden gut umgehen können, Organisationstalent, Führungsqualitäten. Während die Sozialkompetenz mit relativ geringer Variation in allen Engagementbereichen gefordert ist, unterscheiden sich die Bereiche stärker im Hinblick auf die (subjektive) Belastungsintensität und das geforderte Fachwissen.

Beide letztgenannten Anforderungen hängen mit der „Berufsnähe“ der jeweiligen ehrenamtlichen Tätigkeit zusammen. Berufsnähe hat verschiedene Aspekte: nicht nur, dass die ehrenamtliche Tätigkeit mit der eigenen beruflichen Tätigkeit zu tun hat und dass man sich einen Nutzen auch für berufliche Möglichkeiten erwartet. Der zweite Aspekt ist, dass vergleichbare Tätigkeiten wie die, die man selbst ehrenamtlich ausübt, von anderen Personen beruflich und gegen Bezahlung ausgeübt werden. Jeder vierte ehrenamtlich Tätige sagt, dies treffe für seine Tätigkeit zu. In Bereichen mit relativ hoher Berufsnähe werden auch überdurchschnittlich hohe Anforderungen an die Tätigkeit gestellt. Und zugleich sind dies die Bereiche, in denen in überdurchschnittlichem Maße Probleme artikuliert und Wünsche nach verbesserten Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement geäußert werden.

- Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer

- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (IES), Hannover

- Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB), Köln.

5 Vgl. Irene Paulwitz: *Wem gebührt die Ehre? Ehrenamtliche Arbeit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern - die*

EuroVol-Studie. In: Kistler/Noll/Priller, a.a.O., S. 201 - 210.

Manfred Ehling, Bernd Schmidt: Ehrenamtliches Engagement. Erfassung in der Zeitbudget-Erhebung des Statistischen Bundesamtes und Möglichkeiten der Weiterentwicklung. In: Kistler/Noll/Priller, a.a.O., S. 411 - 434.

6 Heinze, Rolf G./Keupp, Heiner: *Gesell-*

schaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die „Kommission für Zukunftsfragen“ der Freistaaten Bayern und Sachsen. Bochum und München 1997, S. 44/Tab. 2.

■ Bernhard von Rosenblatt

Infratest Burke Sozialforschung, München
Tel.: 089/5600-238

Datenreport 1999

10 Jahre deutsche Einheit im Spiegel der Sozialberichterstattung

Im März 2000 ist mit dem Datenreport 1999 die achte Ausgabe dieses Datenhandbuchs und der derzeit bedeutendsten Publikation zur Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland erschienen und auf der Leipziger Buchmesse präsentiert worden. Der Öffentlichkeit wurde der Datenreport 1999 am 25. März im Rahmen einer Podiumsdiskussion des „Zeitgeschichtlichen Forums“ zum Thema „Wächst zusammen was zusammengehört? - Die Deutsche Einheit im Spiegel des Datenreports“ vorgestellt. Der Datenreport 1999 wird wie die früheren Ausgaben vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (Abteilung Soziale Indikatoren) herausgegeben und - als ein Report für die allgemeine Öffentlichkeit - von der Bundeszentrale für Politische Bildung publiziert und vertrieben. Eine Buchhandelsausgabe besorgt der Olzog Verlag, München.

Während der erste Teil des Datenreports vom Statistischen Bundesamt gestaltet wird und auf den Daten der amtlichen Statistik beruht, präsentiert der zweite - von R. Habich (WZB) und H.-H. Noll (ZUMA) herausgegebene - Teil II „Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland“ Daten und Befunde der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung. Die Datengrundlage dafür liefert primär der „Wohlfahrtssurvey“ ergänzt durch Daten des „Sozioökonomischen Panels“.

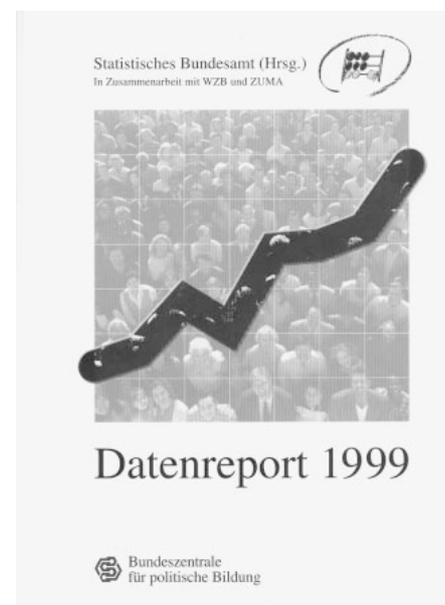
Der vorliegende Datenreport 1999 informiert über die Veränderung der Lebensverhältnisse und den gesellschaftlichen Wandel in Deutschland und stellt dabei nochmals den Ost-West-Vergleich in den Mittelpunkt seiner Berichterstattung. In dem Prozess des Zusammenwachsens der beiden Teilgesellschaften rich-

tet sich die Aufmerksamkeit weiterhin in besonderem Maße auf die in vielerlei Hinsicht noch bestehenden und sich nur schrittweise verringenden Unterschiede und Diskrepanzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Das sich in den materiellen Lebensbedingungen niederschlagende Wohlstandsgefälle sowie die Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden, in Verhaltensstrukturen, Einstellungen und Wertorientierungen bestehen - trotz aller im einzelnen zu konstatierenden positiven Tendenzen - vielfach fort und bedürfen nach wie vor einer sorgfältigen Beobachtung, Analyse und Berichterstattung, wie sie mit dem Datenreport geleistet wird. Neben den umfassenden Ost-West-Vergleichen liefert der Datenreport auch eine Fülle von Informationen über die gesellschaftlichen Strukturen und den sozialen Wandel in ganz Deutschland. Der Datenreport enthält zudem Informationen nicht nur über die objektiven Lebensverhältnisse, sondern auch über deren subjektive Perzeption und Bewertung. Der Leser erfährt z.B. wie sich die Arbeitslosigkeit tatsächlich entwickelt hat, aber auch inwieweit sich die Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz sorgen, ob die Kriminalität zunimmt und wie sicher sich die Menschen in ihrer Wohngegend fühlen.

Neben der Buchausgabe ist der Datenreport 1999 erstmals auch in einer PDF-Version auf CD-Rom erhältlich sowie online über das Internet zugänglich (<http://www.zumamannheim.de/data/social-indicators/datenreport.htm>). Die Buchausgabe und die CD-Rom werden kostenlos abgegeben und können bei der Abteilung Soziale Indikatoren von ZUMA (sozialindikatoren@zumamannheim.de) angefordert werden. Die Buchausgabe wird auch über die Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben.

■ Heinz-Herbert Noll

Tel.: 0621/1246-241



Index - Construction: Methods of Aggregating Indicators of Social and Economic Well-Being

Cologne, Germany, October 3 - 6, 2000

In recent years the interest in constructing composite indexes of Social and Economic Well-Being has grown considerably. In social indicators research and beyond a variety of approaches of how to synthesize information and how to combine several indicators into an aggregate index have been developed. The following sessions - organized as part of the Fifth International Conference on Social Science Methodology to be held at Cologne, Germany, October 3 - 6, 2000 - shall provide an opportunity to present different proposals of index - construction and to discuss these approaches in methodological terms but also in their substantial implications as measures of social development and progress.

Session 1

Noll, Heinz-Herbert (Mannheim, Germany): Introduction

Bernard, Paul (Montreal, Canada); Bernier, Michel (Quebec, Canada); Boisjoly, Johanne (Quebec, Canada); Cousineau, Jean-Michel (Montreal, Canada): Varieties of Paradigmatic Orientations in the Development of Composite Indicators
Hagerty, Michael R. (Davis, U.S.); Cummins, Robert; Ferriss, Abbott; Land, Ken; Michalos, Alex; Peterson, Mark; Sirgy, Joe; Sharpe, Andrew; Vogel, Joachim: Quality of Life Indexes for National Policy: Review and Agenda for Research
van de Ven, Peter; Kazemier, Brugt; Keuning, Steven (Voorburg, The Netherlands): Measuring Well-Being With an Integrated System of Economic and Social Accounts

Session 2

Ferriss, Abbott L. (Atlanta, U.S.): Measuring the Domains of the Quality of Life

Abruzzini, Stefano (Brussels, Belgium): Which Properties and Which Standards Are Suitable for Composite Indexes Algorithms? Some Reflections From the Comparison of Ordinal and Quantitative Examples
Chen, Sheying (Staten Island, U.S.); Yang, Ning (Durham, U.S.); Cheng, David X. (New York, U.S.); Lu, Yuhwa Eva (New York, U.S.): Undimensionalization in Applied Science and Social Science: A Multiple and Optimal Approach to a Key Issue in Index Construction
Filippone, Andrea; Cheli, Bruno (Pisa, Italy): Totally Fuzzy and Relative Measures of Poverty and Welfare: Addressing the Interpretation and the Aggregation Problems
Pratschke, Jonathan (Dublin, Ireland); Haase, Trutz: Affluence and Disadvantage: Spatial and Theoretical Aspects of Index Construction
Tart, Indrek (Tallinn, Estonia): Index-Construction for Comparing Cultural Change in the Baltic Sea Region

Session 3

Estes, Richard J. (Philadelphia, U.S.): SDI-2000: Assessing Social Progress in Hong Kong, 1981-1998

Jahan, Selim (New York, U.S.): Human Development Indices - Evolution over Time
Shookner, Malcolm (Toronto, Canada): Building the Quality of Life Index for Ontario, Canada
Everaers, Pieter (Luxembourg): Key indicators - A basis for indexing social developments in Europe?
Hardi, Peter (Winnipeg, Canada): The Dashboard of Sustainability - From a Metapher to an Operational Set of Indices
Jesinghaus, Jochen (Ispra, Italy): Apples and Oranges: Aggregating Economic, Social and Environmental Indicators

Session 4

Boelhouwer, Jeroen (The Hague, The Netherlands): The Living Condition Index in The Netherlands

Short, L.M.; Herbert, C.A. (Hobart, Australia): Measuring the Good Life: Constructing an Index of Economic Well-Being
Schoeb, Anke (Mannheim, Germany): Monitoring Individual Welfare in Germany - A Quality of Life Index
Boehnke, Petra (Berlin, Germany): How to measure 'Inside' and 'Outside' - Index-Construction on Social Exclusion

Organization and Chair of Sessions: Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Phone: 0621-1246-241; Fax: 0621-1246-182; e-mail: noll@zuma-mannheim.de; Internet: <http://www.zuma-mannheim.de/data/social-indicators>

Das Euromodul - ein neues Instrument für die europäische Wohlfahrtsforschung

Die Wohlfahrtsforschung in Europa war lange Zeit national ausgerichtet. Weil aber Europa politisch und wirtschaftlich zusammenwächst, ist der Blick über nationale Grenzen hinaus von besonderem Interesse. Wächst Europa auch sozial zusammen? Wie stark unterscheiden sich die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden der Europäer? Wie steht es um die „soziale Qualität“ der europäischen Gesellschaften? Um diese Fragen empirisch beantworten zu können, haben sich im Rahmen der „Euromodul“-Initiative Wohlfahrtsforscher aus 19 Nationen zusammengeschlossen. Ergebnis dieser Kooperation ist das Euromodul, ein Umfragebaustein für einen europäischen Wohlfahrtsvergleich. Inzwischen liegen erste Daten aus Slowenien, Ungarn und Deutschland vor.

Ziel besteht darin, zu untersuchen, welche gesellschaftlichen und personalen Bedingungen Lebensverhältnisse und Wohlbefinden der Bevölkerung verbessern und welche sie verschlechtern. Wohlfahrt wird dabei als Summe oder Konstellation von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden konzeptionalisiert. Zum subjektiven Wohlbefinden zählen Zufriedenheit und Unzufriedenheit, Glück und Sorgen, Erwartungen und Hoffnungen. Zusätzlich sind für das Wohlergehen der Bevölkerung kollektive Wohlfahrtskomponenten wichtig: Eigenschaften der Gesellschaft und ihrer zentralen Institutionen, die sich positiv oder negativ auf die individuelle Wohlfahrt auswirken können. Diese Dimension nennen wir „Qualität der Gesellschaft“. Handelt es sich um Attribuierungen und Bewertungen durch die Bevölkerung, sprechen wir von wahrgenommener Qualität der Gesellschaft. Die verschiedenen Aspekte von Wohlfahrt sind in Tabelle 1 dargestellt.

In zahlreichen Ländern ist in Ergänzung zu Ansätzen der amtlichen Statistik eine nationale Sozialberichterstattung aufgebaut worden, die wissenschaftlichen Prinzipien folgt und theoretisch an Konzepten der individuellen Wohlfahrt ausgerichtet ist. Forscherteams aus 19 Nationen haben sich nun in einem Netzwerk zusammengeschlossen, um die europäisch vergleichende Dimension der Wohlfahrtsforschung zu verstärken. Beteiligt ist daran auch die Abteilung Soziale Indikatoren von ZUMA. Die Koordination des Projekts liegt bei der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). In internationaler Zusammenarbeit wurde ein Umfragebaustein für einen europäischen Wohlfahrtsvergleich entwickelt, das „Euromodul“. Mit diesem Namen wird der Werkstatt-Charakter zum Ausdruck gebracht, d.h. es handelt sich um zentrale konzeptionelle und praktische Schritte hin zu einem „Europäischen Wohlfahrtsurvey“.

Neue Datenbasis für Wohlfahrt im europäischen Vergleich

Mit der Initiative wird eine Umfragedatenbasis für die europäisch vergleichende Wohlfahrtsforschung und Sozialberichterstattung geschaffen. Die bislang vorhandenen internationalen Umfrageprojekte widmen sich entweder vorrangig politischen Einstellungen, erheben lediglich Indikatoren für wenige ausgewählte Lebensbereiche oder sind für wissenschaftliche Analysen schwer zugänglich. Das European Community Household Panel (ECHP) legt den thematischen Schwerpunkt auf die Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation und deckt somit nur einen Teil der wohlfahrtsrelevanten Lebensbereiche ab. Ein Vorteil des Euromoduls ist, dass neben den EU-Ländern auch Nicht-EU-Länder wie die Schweiz, Norwegen, Türkei und einige ostmitteleuropäische Länder beteiligt sind. Dies eröffnet eine Reihe zusätzlicher Vergleichsmöglichkeiten.

Für die Euromodul-Umfrage stehen keine zentralen Mittel zur Verfügung. Die Umfrage-Einschaltungen in den einzelnen Ländern werden von den nationalen Teams finanziert und durchgeführt. Bislang wurden die Euromodul-Daten in sechs Ländern erhoben: Slowenien, Ungarn, Deutschland (alle 1999), Schweden, Spanien und Türkei (2000). Bis Ende des Jahres 2000 werden die Schweiz, Italien und Polen folgen. Weitere Länder, die eine Teilnahme anstreben, sind Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Tschechien. Eine Kooperation besteht darüber hinaus mit dem NORBALT-Projekt, einem „Level-of-Living-Survey“ in den baltischen Ländern.

Wohlfahrtskonzept berücksichtigt objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden

Die Euromodul-Initiative versteht Wohlfahrtsentwicklung als Teilmenge von Prozessen des sozialen Wandels, die an gesellschaftlich hochbewerteten Zielen gemessen werden. Die Daten ermöglichen internationale Vergleiche über das Wohlfahrtsniveau, die Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Dimensionen von Wohlfahrt und die soziale Lage bestimmter Bevölkerungsgruppen in verschiedenen europäischen Gesellschaften - verschieden insbesondere im Hinblick auf ihren Modernisierungsgrad und ihre sozialpolitische Ausrichtung. Ein

Mit dem Euromodul werden diese Aspekte in einigen europäischen Ländern bevölkerungsrepräsentativ mit einem einheitlichen Instrument untersucht. In seiner Konzeption folgt es weitgehend dem 1978 initiierten und seitdem mehrfach replizierten deutschen Wohlfahrtsurvey (zuletzt 1998), der objektive und subjektive Dimensionen von Wohlfahrt kombiniert. Der Euromodul-Fragebogen besteht aus einem Kernmodul und einem optionalen Erweiterungsteil. Der für alle Umfragen obligatorische Hauptteil orientiert sich an zentralen Lebensbereichen und deren Bewertung: Wohnen, Haushaltszusammensetzung, soziale Beziehungen, Partizipation, Lebensstandard, Einkommen, Gesundheit, Arbeit und Bildung, Umwelt und öffentliche Sicherheit. Zusätzlich werden Globalmaße des subjektiven Wohlbefindens sowie Aspekte der Qualität der Gesellschaft erfaßt. Im Erweiterungsteil stehen vertiefende Fragen - insbesondere zur Qualität der Gesellschaft - zur Verfügung, die in den einzelnen Ländern zusätzlich erhoben werden. In Tabelle 2 sind wichtige Themen und Indikatoren dargestellt. Mit der thematischen Ausrichtung werden durch das Euromodul nicht nur die „klassischen“ Konzepte der Wohlfahrtsforschung operationalisiert, sondern auch Aspekte neuerer Forschungskonzepte wie das der Qualität der Gesellschaft, der sozialen Kohäsion oder der sozialen Exklusion haben die Indikatorenauswahl beeinflusst.

Tabelle 1: Konzeptionelles Schema zur Erfassung von Wohlfahrt

	Objektiv	Subjektiv
Individualebene	Objektive individuelle Lebensbedingungen (z.B. Einkommen)	Subjektives Wohlbefinden (z.B. Zufriedenheit mit dem Lebensstandard)
Gesellschaftsebene	Qualität der Gesellschaft (z.B. Arbeitslosenquote)	Wahrgenommene Qualität der Gesellschaft (z.B. Realisierung von Gerechtigkeit)

Tabelle 2: Übersicht über die Indikatoren des Euromoduls

Objektive Lebensbedingungen

- Wohnen
- Haushaltszusammensetzung und soziale Beziehungen
- Gesellschaftliche Partizipation
- Lebensstandard und Einkommen
- Bildung und Arbeit
- Persönliche Umwelt und öffentliche Sicherheit
- Gesundheit

Subjektives Wohlbefinden

- Zufriedenheiten mit persönlichen und öffentlichen Lebensbereichen (s. Aufzählung oben)
- Allgemeine Lebenszufriedenheit
- Glück, Ängste und Anomiesymptome
- Schichtestufung
- Wichtigkeit von Lebensbereichen*

(Wahrgenommene) Qualität der Gesellschaft

- Gesellschaftliche Konflikte
- Realisierte öffentliche Güter (Freiheiten, Sicherheiten, soziale Gerechtigkeit)*
- Lebensbedingungen in europäischen Ländern im Vergleich zum eigenen Land*
- Generalisiertes Vertrauen
- Bedingungen sozialer Integration*

* = Erweiterungsteil

„Verlierer“ ungefähr die Waage, während sich in Ostdeutschland etwas mehr Haushalte verbessert als verschlechtert haben.

Schichtestufung in Ost und West verschieden

Daten zur subjektiven Schichtestufung informieren auf der Individualebene über den sozialen Status der befragten Personen; im Aggregat kommt darüber hinaus auch das vorherrschende Bild über den hierarchischen Aufbau der jeweiligen Gesellschaft zum Ausdruck. Allen Gesellschaften ist gemein, dass sich nur sehr wenige ganz oben (Oberschicht) oder ganz unten (Unterschicht) einordnen. Im sozial instabilsten Land, Ungarn, ordnet sich die Hälfte der Befragten der Arbeiterschicht zu, und mit 10 Prozent finden wir hier einen doch beachtlichen Anteil von Personen, die sich der Unterschicht zugehörig fühlen. Für Ostdeutschland ergibt sich ein gesellschaftliches Hierarchiebild, das dem Ungarns ähnlich ist: Der größte Anteil der Bevölkerung ordnet sich der Arbeiterschicht zu. Für Slowenien und Westdeutschland ergibt sich dagegen das Bild einer ausgeprägten Mittelstandsgesellschaft, jeweils ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung ordnen sich der Mittelschicht zu. In Westdeutschland, der wohlhabendsten der hier verglichenen Gesellschaften, ist die Mittelschicht und die obere Mittelschicht am breitesten.

Bewertung der finanziellen Situation im Ländervergleich sehr unterschiedlich

Im folgenden werden für Slowenien, Deutschland (West und Ost) und Ungarn einige Befunde präsentiert. mit Hilfe der ersten beiden Indikatoren wird die Bewertung der ökonomischen Lage der Haushalte in den drei Ländern erfaßt (vgl. Tabelle 3). Der erste Indikator informiert darüber, wie der Haushalt aktuell mit den ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen auskommt, der zweite beschreibt die kurzfristige Veränderung der finanziellen Situation des Haushaltes im Vergleich zum letzten Jahr. Auf die Frage, wie man mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen auskomme, antworten drei Viertel der ungarischen Bevölkerung, dass sie Schwierigkeiten hätten, 27 Prozent davon sogar große Schwierigkeiten. Die entsprechenden Vergleichswerte sind in den anderen Ländern erheblich geringer. Den wenigsten Grund zur Klage haben westdeutsche Bürger, aber auch in Slowenien und Ostdeutschland kommt die Mehrheit der Bevölkerung ziemlich gut mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen aus. Dies spiegelt im wesentlichen die bestehenden Unterschiede in den Einkommensniveaus der betrachteten Länder wider. Der Vergleich zum letzten Jahr zeigt, dass für die Mehrheit der Befragten in Slowenien und Deutschland die finanzielle Situation unverändert geblieben ist. Die größte Stabilität herrscht in Westdeutschland vor. Ungarn nimmt eine Sonderstellung ein: Nahezu die Hälfte der Bevölkerung konstatiert eine verschlechterte finanzielle Haushaltssituation. Verbessert hat sich die Lage nur für 13 Prozent der Befragten. In Slowenien sagen 30 Prozent der Bevölkerung, dass sich ihre finanzielle Situation verschlechtert habe; auch in

Slowenien ist damit der Anteil derer, die weniger Geld als vor einem Jahr haben, höher als der Anteil derer, die mehr Geld haben. In Westdeutschland halten sich „Gewinner“ und

Tabelle 3: Finanzielle Situation des Haushaltes

	Slowenien	Deutschland West Ost in %		Ungarn
Finanzielle Situation des Haushaltes hat sich im letzten Jahr...				
Verschlechtert	30	16	17	47
Nicht verändert	49	65	58	40
Verbessert	22	19	25	13
Haushalt kommt mit dem zur Verfügung stehenden Geld ...				
Mit großen Schwierigkeiten aus	5	2	4	27
Mit einigen Schwierigkeiten aus	31	26	33	52
Ziemlich gut aus	62	57	55	19
Sehr gut aus	3	15	8	2

Datenbasis: Euromodul Slowenien, Deutschland, Ungarn (1999)

Tabelle 4: Subjektive Schichtestufung

	Slowenien	Deutschland West Ost in %		Ungarn
Oberschicht	0	1	0	0
Obere Mittelschicht	8	12	2	2
Mittelschicht	55	60	41	38
Arbeiterschicht	33	27	54	50
Unterschicht	4	1	3	9

Datenbasis: Euromodul Slowenien, Deutschland, Ungarn (1999)

Tabelle 5: Zufriedenheiten in verschiedenen Lebensbereichen

Lebensbereich	Slowenien	Deutschland		Ungarn
		West	Ost	
	Mittelwerte (Skala von 0 - 10)			
Wohnung / Haus	7,6	8,1	7,8	6,8
Lebensstandard	6,8	7,6	7,0	4,9
Haushaltseinkommen	5,9	6,9	6,0	3,9
Gesundheit	6,7	7,4	7,1	6,3
Bildung / Ausbildung	6,6	7,2	7,5	6,1
Nachbarschaft	7,5	8,0	7,8	7,1
Öffentliche Sicherheit	6,3	6,4	5,3	5,0
Umwelt	6,2	6,2	5,7	4,8
System der sozialen Sicherung	-	6,2	5,4	-
Demokratische Institutionen	5,0	6,2	4,9	4,6
Allgemeine Lebenszufriedenheit	7,3	7,8	7,1	6,2

Datenbasis: Euromodul Slowenien, Deutschland, Ungarn (1999)

Reaktionen vor allem in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels auftreten, wie dies zweifelsohne in den postsozialistischen Gesellschaften der Fall ist: In den Transformationsgesellschaften sind Anomiesymptome weiter verbreitet als in Westdeutschland. In Ungarn sind Beeinträchtigungen des Wohlbefindens bei drei der fünf Indikatoren am häufigsten anzutreffen, besonders auffällig bei der Orientierungslosigkeit. Acht von zehn Ungarn stimmen der Aussage zu, man müsse heute Dinge tun, die nicht korrekt sind, um im Leben voranzukommen; in Slowenien und Ostdeutschland sind fünf von zehn Befragten dieser Meinung, in Westdeutschland drei von zehn. Der „normative Kitt“ der Gesellschaft scheint also in Ungarn am schwächsten zu sein.

Lebensbedingungen spiegeln sich in den Zufriedenheiten wider

Die bisherigen Beispiele haben bereits deutlich gemacht, wie sehr sich die drei Länder im Hinblick auf die soziale Lage der Bevölkerung unterscheiden. Diese Differenzen finden sich auch im subjektiven Wohlbefinden wieder, zum Beispiel bei den Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen. Tabelle 5 zeigt die Mittelwerte der Zufriedenheiten, die mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10 abgefragt wurden (0 = ganz und gar unzufrieden / 10 = ganz und gar zufrieden). Über praktisch alle Lebensbereiche hinweg (mit Ausnahme der Bildung/ Ausbildung) finden wir die höchsten Zufriedenheitswerte in Westdeutschland, mit deutlichem Abstand die niedrigsten in Ungarn. Nicht zuletzt die oben dokumentierten Probleme der finanziellen Lage des Haushaltes führen in Ungarn zu extremen Unzufriedenheiten im Hinblick auf das Haushaltseinkommen und den Lebensstandard. Alles in allem gesehen liegen die Zufriedenheiten in Slowenien näher an denen von Ostdeutschland, teilweise sogar an denen von Westdeutschland, als an den ungarischen Zufriedenheitswerten. Dies hat seine reale Grundlage darin, dass die Lebensbedingungen in Slowenien allgemein besser sind als in Ungarn.

Sozialer Wandel in Ungarn verstärkt Anomiesymptome

Die Verbreitung von Anomiesymptomen ist ein Indikator für Beeinträchtigungen des subjektiven Wohlbefindens. Unter Anomie versteht man ganz allgemein einen Zustand der Normlosigkeit. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ist sie ein Zeichen zunehmender Desintegration. Auf individueller Ebene ist sie ein Zeichen dafür, dass den Menschen ein Orientierungsrahmen für ihr Handeln fehlt und sie sich überfordert fühlen. Gemessen wird das Konzept der Anomie durch Fragen nach bestimmten Symptomen: nach der Empfindung von Einsamkeit, Entfremdung, Überforderung, Zukunftspessimismus und Orientierungslosigkeit. Die Daten stützen die Theorie, nach der anomische

Tabelle 6: Verbreitung von Anomiesymptomen

	Slowenien	Deutschland		Ungarn
		West	Ost	
	in % Zustimmung			
Oft einsam	16	13	13	23
Keine Arbeitsfreude	23	15	17	18
Leben ist kompliziert	23	16	23	32
Zukunftspessimismus	34	33	43	24
Nicht korrekte Dinge tun	48	26	46	83
Keines dieser Symptome	12	12	9	2

Datenbasis: Euromodul Slowenien, Deutschland, Ungarn (1999)

Tabelle 7: Freiheiten, Sicherheiten und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger (Antworten „eher nicht realisiert“ / „überhaupt nicht realisiert“ zusammengefaßt, in %)

	Ungarn	Slowenien	Deutschland	
			West	Ost
	in %			
Soziale Gerechtigkeit / Gleichheit				
Gerechte Verteilung des Wohlstands	92	92	71	92
Solidarität mit Hilfebedürftigen	75	68	51	63
Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft	74	69	55	77
Gleichstellung von Mann und Frau	47	42	35	48
Sicherheiten				
Chance, einen Arbeitsplatz zu bekommen	84	89	55	86
Soziale Sicherheit	82	59	37	67
Schutz vor Kriminalität	79	65	50	71
Schutz der Umwelt	71	62	38	36
Schutz des privaten Eigentums	60	55	15	29
Freiheiten				
Freiheit, einen Beruf seiner Wahl zu ergreifen	61	41	22	68
Freiheit, sich politisch zu betätigen	43	26	13	17
Meinungsfreiheit	38	30	20	21
Glaubensfreiheit	7	10	5	6

Datenbasis: Euromodul Ungarn 1999, Euromodul Slowenien 1999, Wohlfahrtssurvey 1998

Bürger in Ostdeutschland vermissen soziale Gerechtigkeit

Im Euromodul werden wie beschrieben neben Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens auch Fragen zur „Qualität der Gesellschaft“ erhoben. Ein Beispiel für diese dritte Dimension von Wohlfahrt ist die Frage, inwieweit die Bevölkerung in ihrem jeweiligen Land verschiedene (gesellschafts-)politische Ziele als verwirklicht oder nicht verwirklicht ansieht. Im Mittelpunkt stehen die Gewährleistung verschiedener Freiheitsrechte, von Eigentumschutz und sozialer Sicherheit sowie von Aspekten sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit. Die Einschätzungen der Bevölkerung wurden anhand einer Skala von 1 bis 4 abgefragt (1 = überhaupt nicht realisiert / 4 = voll und ganz realisiert).

In Tabelle 7 ist ausgewiesen, wie groß der Anteil der Ungarn, Slowenen, Ost- und Westdeutschen ist, die diese Ziele als nicht verwirklicht ansehen. Über alle Länder hinweg gelten die gesellschaftspolitischen Ziele, die sich den

Bereichen Sicherheit und Gerechtigkeit/Gleichheit zuordnen lassen, als weniger realisiert als diverse Freiheitsrechte. Vergleicht man die Länder, so sehen die Slowenen und vor allem die Ungarn über alle Aspekte hinweg mehr Defizite als Westdeutsche. Die Bewertungen korrespondieren mit größeren sozialen Problemen (Armut, geringere wohlfahrtsstaatliche Absicherung) und höherer Kriminalität in den postsozialistischen Gesellschaften. Die Kritik der Ostdeutschen an der Qualität der Gesellschaft bezieht sich insbesondere auf Aspekte der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit. Der Anteil derjenigen, die diese gesellschaftspolitischen Ziele als nicht verwirklicht ansehen, ist ähnlicher hoch wie in den anderen Transformationsländern, obwohl beispielsweise das Netz der sozialen Sicherung dichter ist als in Ungarn oder Slowenien. Hier spielt sicherlich die noch bestehende Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern eine Rolle für das kritische Urteil der Ostdeutschen.

Mit einer erweiterten Anzahl beteiligter Länder werden detaillierte Auswertungen möglich

sein, die sich auch dem komplexen Zusammenspiel wohlfahrtsstaatlicher Politik und deren Auswirkungen auf die individuellen Lebensbedingungen in objektiver wie subjektiver Hinsicht widmen. Das Euromodul-Projekt ist somit ein wichtiger Baustein für die europäisch vergleichende Wohlfahrtsforschung, mit dem ein innovativer Beitrag zur Vermessung der sozialen Landkarte Europas geleistet werden kann.

■ **Petra Böhnke, Jan Delhey, Roland Habich**
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Tel.: 030/25491-372, -383, -380

Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland

Ein Buchhinweis

Mit dem von Gerhard Bäcker, Reinhard Bispinck, Klaus Hofemann und Gerhard Naegle herausgegebenen zweibändigen Lehrbuch „Sozialpolitik und Soziale Lage in Deutschland“ liegt nun eine vollständig überarbeitete, dritte Auflage des erstmals 1980 erschienenen einbändigen Werkes vor, in dem das breite Spektrum sozialpolitischer Problem- und Handlungsfelder über Einkommen, Arbeit, Gesundheit, Familie und Alter behandelt wird. Der Einstieg in die sozialpolitischen Felder erfolgt dabei über einen problemorientierten Zugang: Welchen sozialen Risiken und Gefährdungen sind die Bürger in verschiedenen Lebensbereichen ausgesetzt? Welche sozialpolitischen Strategien und Einzelmaßnahmen der Problembewältigung lassen sich identifizieren? Sind diese Maßnahmen problemadäquat? Wie leistungsfähig ist das System der Sozialen Sicherung, welche Defizite lassen sich feststellen und welche Reformen stehen an? Diese Herangehensweise ermöglicht dem Leser eine differenzierte Annäherung an sozialpolitische Fragestellungen, die durch aktuelle Daten überwiegend aus der amtlichen Statistik aufgeworfen und veranschaulicht werden. Neben den Pfeilern klassischer staatlicher Sozialpolitik finden auch nichtstaatliche sozialpolitische Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände sowie der Selbsthilfe und dem Ehrenamt eine eingehende Betrachtung. Auch hier werden unter ande-

rem zentrale Fragen des Reformdrucks und der Reformfähigkeit sozialer Dienste wie der freien Wohlfahrtspflege diskutiert, in einem sich neu ordnenden Verhältnis der Institutionen zur Absicherung von sozialen Risiken. Eine Vertiefung um die Perspektiven der Bürger zu sozialpolitischen Fragen, wie Einstellungen und Bewertungen gegenüber den Sicherungssystemen, die die wahrgenommene Leistungsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme und das Vertrauen ihnen gegenüber in der Bevölkerung begründet, hätte den problemorientierten Zugang sicherlich erweitert.

Gerhard Bäcker, Reinhard Bispinck, Klaus Hofemann und Gerhard Naegle, 2000: Sozialpolitik und Soziale Lage in Deutschland. Ökonomische Grundlagen, Einkommen, Arbeit und Arbeitsmarkt, Arbeit und Gesundheitsschutz, Band 1. Westdeutscher Verlag. ISBN: 3-531-13333-0.

Gerhard Bäcker, Reinhard Bispinck, Klaus Hofemann und Gerhard Naegle, 2000: Sozialpolitik und Soziale Lage in Deutschland. Gesundheit und Gesundheitssystem, Familie, Alter, Soziale Dienste, Band 2. Westdeutscher Verlag. ISBN: 3-531-13334-9.

■ **Anke Schöb, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-113



Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
Telefax 06 21/12 46-100

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Caroline Kramer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

30. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ,Gute Gesellschaft? Zur Konstruktion sozialer Ordnungen‘

Köln 26.-29. September 2000

Veranstaltung der Sektion Sozialindikatoren zum Thema:

„Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Integration: Messkonzepte und Indikatoren für eine ‚gute Gesellschaft‘“

Donnerstag, 28. September, 14.30 Uhr:

Organisation und Diskussionsleitung: Heinz-Herbert Noll (ZUMA, Mannheim)

Suter, Christian:
(ETH, Zürich)

Indikatoren zum langfristigen Wandel von Lebensqualität, Nachhaltigkeit und
Integration: Der schweizerische Sozialbericht.

Berger-Schmitt, Regina:
(ZUMA, Mannheim)

Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Zur Beziehung zwischen zwei Konzepten für
eine ‚gute Gesellschaft‘ und ihrer Messung.

Ebbinghaus, Bernhard:
(MPI, Köln)

Die gesellschaftliche Integration der Gewerkschaften in Europa: Vergleichende
Indikatoren zur Mitglieder- und Organisationsentwicklung.

Schupp, Jürgen:
(DIW, Berlin)

Wohlfahrtsindikatoren für prekäre Beschäftigung - Messkonzepte für eine
Bewertung „erfolgreicher“ Arbeitsmarktintegration.

Ganter, Stephan:
(MZES, Mannheim)

Interethnische Beziehungen in Deutschland: Neue Messkonzepte und Analysen.

Weick, Stefan:
(ZUMA, Mannheim)

Familie und Integration von Zuwanderern in Deutschland.

Vaskovics, Laszlo A.:
(Universität Bamberg)

Familienverträglichkeit politischer Massnahmen: Konzepte und Indikatoren.

Im Anschluss Mitgliederversammlung

Dr. Heinz-Herbert Noll, Sprecher der Sektion Sozialindikatoren, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Tel.: 0621-1246-241; Fax: 0621-1246-182; e-mail: noll@zuma-mannheim.de; Internet: <http://www.zuma-mannheim.de/data/social-indicators/sektsi.htm>